

# BASis Info 1/2016

Neues von der Duisburger SPD-  
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

05.02.2016

Politik, die DU sagt - [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie hatten hoffentlich einen ähnlich runden Start ins neue Jahr wie die SPD-Bundestagsfraktion: Bei unserer Jahresauftaktklausur haben wir kräftig Schwung aufgenommen und wichtige Themen für 2016 gesetzt – vor allem Integration, Innere Sicherheit und natürlich Werkverträge & Leiharbeit. Und wir wollen bei der Finanzierung des Gesundheitssystems zurück zur Parität (mehr dazu auf Seite 2).

Bereits bei dieser Klausur haben wir auch beschlossen, dass die rechtsextremen Tendenzen bei der AfD vom Verfassungsschutz beobachtet werden müssen. Die aktuelle „Schießbefehl-Diskussion“ hat das noch einmal unterstrichen, wobei das für mich gar keine Diskussion ist. Niemand darf in unserem Land auf wehrlose Menschen schießen. Darüber müssen wir nicht reden - auch nicht in Talkshows oder Elefantenrunden. Die AfD vertritt rechtsextreme Positionen, es gibt Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Genug Gründe für den Verfassungsschutz. Und was in der Populismus-Flut beim Flüchtlings-

thema leicht untergeht und die Partei auch unwählbar macht: Die AfD ist gegen den Mindestlohn, lehnt die Quote ab und fordert die Abschaffung des Euro.

Nein, es gibt keine einfachen Antworten. Das gilt auch für das Asylpaket II, das am Mittwoch endlich durchs Kabinett gegangen ist. Am Ende hat sich die SPD bewegt - weil die Zeit drängt und die Menschen genug haben vom Streit in der Union. Mit diesem Paket sollen die Verfahren gesteuert, geordnet und weiter beschleunigt werden. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird für zwei Jahre ausgesetzt und Aufnahmezentren für Menschen mit geringer Bleibeperspektive eingerichtet. Das entlastet auch die Kommunen. Städte wie Duisburg müssen sich auf die Integration der bleibenden Menschen konzentrieren können.

Marokko, Algerien und Tunesien sollen zudem sichere Herkunftsstaaten werden. Ebenso wird es mehr Rechtssicherheit und Vereinfachungen für auszubildende Flüchtlinge und Ausbildungsbetriebe geben. Und wir schieben auch weiterhin

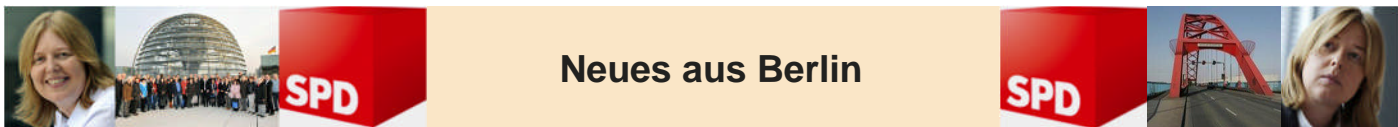
niemand mit einer gravierenden Erkrankung ab.

Die MinisterpräsidentInnen haben vergangene Woche mit der Kanzlerin ein Integrationskonzept beschlossen, das bis Ende März stehen soll. Höchste Zeit. Die SPD hat bereits einen umfassenden Integrationsplan vorgelegt. Für alle Menschen in unserem Land. Mit 80.000 zusätzlichen Kitaplätzen und 20.000 Stellen für Erzieherinnen und Erziehern, früher Sprachförderung und guter Ganztagsbetreuung. Außerdem fordern wir 12.000 neue Stellen für die Polizei von Bund und Ländern. Die EU bleibt aber auch in der Pflicht: Der Europäische Rat muss Mitte Februar endlich konkrete Absprachen für Kontingentlösungen treffen. Von Reisefreiheit und offenen Binnengrenzen profitieren alle in der EU.

Ich wünsche Ihnen trotzdem ein paar bunte und abwechslungsreiche Karnevalstage mit einem dreifachen Helau.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



## Stichwort: Unsere Pläne für 2016

Die SPD-Bundestagsfraktion hat 2016 einiges vor. Im Januar haben wir uns zu unserer zweitägigen Jahresauftaktklausur getroffen. Dort standen u.a. zentrale Themen wie Integration, innere Sicherheit, Werkverträgen & Leiharbeit sowie die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung auf der Tagesordnung.

Noch unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse in der Kölner Silvesternacht diskutierten wir das Thema **öffentliche Sicherheit**. Für uns SozialdemokratInnen ist klar: Wir verurteilen sexualisierte Gewalt ebenso wie Rechtsextremismus und dulden weder Alltagskriminalität noch organisiertes Verbrechen. Ich unterstütze daher ausdrücklich den Aufruf: [www.ausnahmslos.org](http://www.ausnahmslos.org)

Die SPD setzt sich für einen starken Staat ein, der seine BürgerInnen vor Kriminalität und Gewalt schützt - und zwar unabhängig vom Geldbeutel. Leider wurde in den vergangenen Jahren viel zu viel bei Polizei und Sicherheitsbehörden gespart. Hier wird es in den nächsten Jahren einen weiteren Aufbau des Personals geben müssen. Die bereits beschlossenen 3.000 zusätzlichen Stellen bei der Bundespolizei sind ein erster Schritt, den die SPD durchgesetzt hat. Es ist jedoch notwendig, bis 2019 insgesamt 12.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund

und Ländern zu schaffen. d.h. nochmal 3.000 Stellen für die Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt sowie in den Ländern 6.000 neue Stellen.

Gute Arbeit braucht klare Regeln. **Leiharbeit und Werkverträge** werden häufig genutzt, um Lohndumping durchzusetzen, Mitbestimmungsrechte zu beschneiden und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Daher wollen wir SozialdemokratInnen Leiharbeit und Werkverträge stärker regulieren und zum Beispiel bei der Leiharbeit eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und die gleiche Bezahlung nach spätestens neun Monaten festschreiben. Wir wollen auch verbieten, dass LeiharbeiterInnen als Streikbrecher eingesetzt werden. Bei den Werkverträgen brauchen wir dringend eine gesetzliche Regelung, die Werk- oder Dienstverträge zu Arbeits- bzw. Leiharbeitsverträgen klar abgrenzt.

Auch die **Gesundheitspolitik** hat uns stark beschäftigt. Derzeit versucht die Ärzteschaft, eine Novellierung der GOÄ (Amtliche Gebührenordnung der Ärzte) mit deutlich höheren Honoraren durchzusetzen. Wir lehnen diese Novellierung strikt ab, da dadurch das System der Zwei-Klassen-Medizin weiter zementiert würde. Unsere Forderung ist ein einheitliches Vergütungssystem unabhängig vom Versicherten-

status der PatientInnen. Gesundheit darf keine Frage des Einkommens sein. Unser Ziel ist weiterhin die solidarisch finanzierte Bürgerversicherung.

Die SPD-Bundestagsfraktion will auch den Zusatzbeitrag streichen, den gegenwärtig die Versicherten alleine tragen müssen. Es wird weiterhin Ausgabensteigerungen im Gesundheitsbereich geben: Die Menschen werden älter, der medizinische Fortschritt schreitet voran. Und auch die im letzten Jahr mit der Verbesserung der Palliativ- und Hospizversorgung und dem Pflegestärkungsgesetz beschlossenen Änderungen gibt's leider nicht umsonst. Die ArbeitgeberInnen müssen diese steigenden Ausgaben wieder fair mitfinanzieren — auch um mehr Gegendruck bei Kostensteigerungen zu erzeugen. Wir brauchen die Rückkehr zur paritätischen und solidarischen Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherungen.

Fragen der **Integrationspolitik** erörterten wir zum Abschluss der Klausurtagung mit Professorin Naika Foroutan. Da die großen Herausforderungen des vergangenen Jahres uns auch 2016 begleiten werden, muss 2016 das Jahr der Integration werden.

Alle Beschlüsse der Klausurtagung finden Sie auf [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)





## Hochfelder Bunker wird endlich abgerissen

Der Bunker am Hochfelder Markt in meinem Wahlkreis wird seit diesem Mittwoch endlich abgerissen. Rund 290.000 Euro kostet der Abriss, der Bund trägt mit Fördermitteln aus dem Programm Soziale Stadt mehr als 260.000 Euro der Kosten. Das ist ein wichtiger Schritt zur Umgestaltung des Platzes und auch das Verdienst des Hochfelder Ratscherrn Theo Peters.



Die Arbeiten zum Abriss und zur provisorischen Flächenherrichtung werden rund sechs Wochen andauern. Zur

Neugestaltung des Platzes gibt es schon viele Ideen. Die BürgerInnen in Hochfeld sol-

len in die Planungen intensiv einbezogen werden. Foto: Stadt Duisburg/Uwe Köppen.



**Eine Gruppe junger DGB-GewerkschafterInnen** hat mir beim Berlin-Besuch Mitte Januar wertvolle Impulse zur geplanten Novellierung des Berufsbildungsgesetzes mit auf den Weg gegeben. Ich freue mich immer sehr über Besuch aus dem Wahlkreis. Ganz besonders natürlich, wenn meine Besucherinnen und Besucher so engagiert und so gut vorbereitet sind.

### Mit Prinz beim Tanztee

Ehre wem Ehre gebührt: Beim Tanztee der SPD Buchholz im Seniorenzentrum Altenbrucher Damm durfte ich vergangenen Sonntag Se. Tollität Michael I. mit seiner großen Prinzencrew feierlich begrüßen.



### +++Auszug aus meinem Kalender+++

+++07.02.: FCR-Hallen-Cup in der Sporthalle Krefelder Straße+++

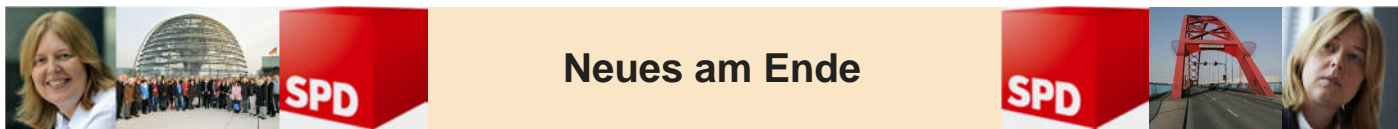
+++13.02.: MSV-Sieg gegen Karlsruhe+++

+++21.02.: Jubiläumskonzert der MGV Erholung Huckingen im Steinhof+++

+++08.02.: Prinzenfrühstück im Rathaus+++

+++15.02.-19.02. & 22.02.-26.02.: Sitzungswochen im Deutschen Bundestag+++

+++Weitere Termine auf [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)+++



## Neues am Ende



**BÄRBEL BAS**  
Ihre Bundestagsabgeordnete  
für den Wahlkreis Innenstadt/Rheinhausen/Süd

**Politik, die DU sagst**  
Was mir 2015 am **Herzen** lag  
und was ich für Duisburg erreichen konnte



## Schwerpunkte der NRW-Landesgruppe 2016

Mit einem 10-Punkte-Papier startet die NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion in das Jahr 2016. Große Bedeutung haben die Themen Integration und gesellschaftliches Zusammenleben. Die Landesgruppe will sich u.a. dafür einsetzen, dass der Bund die Länder und Kommunen noch stärker als bisher unterstützt - zum Beispiel bei den Sozialausgaben. Das Arbeitspapier können Sie hier lesen nachlesen: <http://www.nrwspd-landesgruppe.de/>

**Mein neuer Flyer ist online.** Auch für das Jahr 2015 habe ich wieder einen „Tätigkeitsbericht“-Flyer zu meiner Arbeit in Duisburg und Berlin erstellt. Zum 6. Mal seit 2010 kann man nachlesen, was mir am Herzen lag. In diesem Jahr mit neuem Erscheinungsbild. Wer den Flyer gerne in gedruckter Form haben möchte, schreibt mir einfach eine Mail. Über jede Rückmeldung freue ich mich sehr.

## Mein Tagebuch

Die Hertie-Stiftung hat die SPD-Bundestagsfraktion als „familienfreundlichen Betrieb“ zertifiziert. Viel Arbeit, schöner Lohn. Übrigens: Wir sind die erste Fraktion, die dieses Zertifikat bekommt.

Vorher-Nachher-Nachtrag für die Fachleute, die auf Facebook am 12. Januar meine Berliner Baustelle bewundert haben. Es geht voran - im beschaulichen Berliner Baustellentempo. Fortsetzung folgt...



Seit Montag dürfen wir Abgeordneten des Bundestages die Verhandlungsdokumente zum TTIP-Abkommen einsehen. Klingt überfällig? Ist es auch. Die Mitglieder des Ältestenrates (auch ich) mussten dafür massiven Druck auf die Bundesregierung ausüben. Bis hin zur Drohung, dass wir dem Bundestag überhaupt kein Freihandelsabkommen zur Ratifizierung vorlegen. Formal ausreichend wäre gewesen, uns nur das ausverhandelte Ergebnis vorzulegen. Für mich gilt: Ich werde keinem Abkommen zustimmen, das ich nicht vor der Abstimmung prüfen konnte. Deshalb läuft meine Terminanfrage schon, aber das Interesse unter den KollegInnen ist offenbar groß. Gut so.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

**Impressum:** V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607